

## Protokoll

zur Sitzung des Rates der Stadt Barsinghausen  
Sitzungs-Nr: XVII/10 Rat  
Sitzungstermin: am Mittwoch, dem 23.01.2013, 18:11 Uhr bis 20:23 Uhr  
Sitzungsort: Aula der Goetheschule - KGS Barsinghausen, Goethestraße 29

### Anwesend sind:

#### Mitglieder CDU-Fraktion

- |     |          |  |
|-----|----------|--|
| 1.  | Ratsfrau | Becker, Ingeborg                                     |
| 2.  | Ratsfrau | Bischoff, Lilli                                      |
| 3.  | Ratsherr | Bohrßen, Bernd-Konrad                                |
| 4.  | Ratsherr | Fabisch, Horst                                       |
| 5.  | Ratsherr | Hoffmeister, Christian ab TOP 10, 18.26 Uhr          |
| 6.  | Ratsherr | Matthiesen, Max Dr. MdL                              |
| 7.  | Ratsherr | Schroth, Gerald                                      |
| 8.  | Ratsfrau | Senft, Monika  |
| 9.  | Ratsherr | Steuernagel, Marc-Oliver<br>nicht bei TOP 11.1 u. 12 |
| 10. | Ratsherr | Zieseniß, Roland Dr.                                 |

#### Mitglieder SPD-Fraktion

- |     |                            |  |
|-----|----------------------------|--|
| 11. | 1. stellv. Bürgermeisterin | Beckmann, Kerstin Dr.<br>ab TOP 11, 19.50 Uhr, teilw. nicht bei TOP 11 |
| 12. | Ratsherr                   | Bienert, Sigurd  |
| 13. | Ratsherr                   | Dobelmann, Reinhard  |
| 14. | Ratsvorsitzende            | Dürbaum-Betsch, Angelika   |
| 15. | Ratsfrau                   | Gertich, Lea Sophie  |
| 16. | Ratsherr                   | Gottschalk, Günter   |
| 17. | Ratsherr                   | Gronenberg, Bernd  |
| 18. | Ratsherr                   | Härdrich, Dirk Dr. nicht bei TOP 11.1                                  |
| 19. | Ratsfrau                   | Hunte-Grüne, Marlene   |
| 20. | Ratsfrau                   | Klein, Bettina   |
| 21. | Ratsherr                   | Messing, Peter   |
| 22. | Ratsherr                   | Schaper, Hartmut ab TOP 3, 18.18 Uhr                                   |
| 23. | Ratsherr                   | Wittich, Michael   |
| 24. | Ratsherr                   | Wittschurky, Thomas  |

#### Mitglieder Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN

- |     |                          |  |
|-----|--------------------------|--|
| 25. | 2. stellv. Bürgermeister | Hartig, Andreas  |
| 26. | Ratsherr                 | Lux, Thomas  |
| 27. | Ratsherr                 | Marks, Frank   |
| 28. | Ratsherr                 | Müller, Peter  |
| 29. | Ratsherr                 | Riemer, Hagen  |
| 30. | stellv. Ratsvorsitzender | Röver, Christian<br>ab TOP 3, 18.18 Uhr, teilw. nicht bei TOP 11 |
| 31. | Ratsfrau                 | Westphal, Ulrike   |

Mitglieder FDP-Fraktion

- |              |                   |
|--------------|-------------------|
| 32. Ratsherr | Klockow, Bernhard |
| 33. Ratsfrau | Wölki, Kerstin    |

Mitglieder UWG-Fraktion

- |              |                    |
|--------------|--------------------|
| 34. Ratsherr | Neugebauer, Markus |
| 35. Ratsfrau | Runge, Eva         |

von der Verwaltung

- |                             |                    |
|-----------------------------|--------------------|
| 36. Verwaltungsangestellter | Becke, Matthias    |
| 37. Verwaltungsangestellte  | Filipiak, Andrea   |
| 38. Leiter Zentrale Dienste | Hoffmann, Reinhard |
| 39. Erster Stadtrat         | Lahmann, Marc      |
| 40. Fachdienstleiter        | Müller, Stefan     |

es fehlten entschuldigt

- |              |                         |
|--------------|-------------------------|
| 41. Ratsherr | Kuban, Tilman           |
| 42. Ratsherr | Neddermeier, Karl-Heinz |
| 43. Ratsherr | Totlis, Andreas         |

**Tagesordnung:**

Öffentliche Sitzung:

1. Feststellung der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung der öffentlichen und der nichtöffentlichen Sitzung
2. Einwohnerfragestunde
3. Aktuelle Stunde
4. Bericht über wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses und wichtige Angelegenheiten
5. Umbesetzungen in Ausschüssen des Rates und anderen Gremien
6. Haushaltssicherungskonzept - Städtepartnerschaften (175 / 176)  
XVII/0202
7. HSK Vorschlag 39 (Kürzung personalbedingter Sachkosten Stadtmarketing)  
XVII/0205
8. Büchereikonzept, hier: Organisatorische Ausrichtung und Einführung einer gemeinsamen Bibliothekssoftware  
XVII/0213
9. Büchereikonzept  
hier: Optische und funktionale Maßnahmen in der Stadtbücherei  
XVII/0214
10. Freiflächengestaltung am Deisterplatz  
- Antrag der Fraktionen FDP und UWG vom 20.11.2012 -  
XVII/0246
11. Haushaltssatzung und Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2013

XVII/0195

- 11.1. Erste Änderung der Straßenreinigungsgebührensatzung  
XVII/0260
12. Annahme von freiwilligen Zuwendungen  
XVII/0251
13. Mitteilungen der Verwaltung
14. Anträge, Anfragen und Anregungen an die Verwaltung

Nichtöffentliche Sitzung:

Öffentliche Sitzung:

---

## **1. Feststellung der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung der öffentlichen und der nichtöffentlichen Sitzung**

Frau Ratsvorsitzende Dürbaum-Betsch eröffnet die Sitzung. Anschließend gratuliert sie Herrn Lahmann zur Wahl zum Bürgermeister der Stadt Barsinghausen.

Herr Messing gratuliert Herrn Lahmann im Namen der SPD-Fraktion ebenfalls zur Bürgermeisterwahl.

Frau Dürbaum-Betsch stellt die Beschlussfähigkeit fest und bittet, folgenden Punkt in die Tagesordnung aufzunehmen:

- Vorlage 260 (Erste Änderung der Straßenreinigungsgebührensatzung)

Frau Dürbaum-Betsch schlägt vor, die Angelegenheit als neuen TOP 12a in die Tagesordnung aufzunehmen. Hiergegen bestehen keine Bedenken

Weiter weist sie darauf hin, dass die Vorlage „Strombezugsausschreibung“ nicht wie vorgesehen in der heutigen Sitzung, sondern in der Ratssitzung Ende Februar behandelt werden soll.

Frau Dürbaum-Betsch bittet, folgenden Punkt von der Tagesordnung abzusetzen:

- TOP 8, Grundsätze zur Nutzung des Jugendkellers der Wilhelm-Stedler-Schule  
Die Angelegenheit soll in der nächsten Ratssitzung beraten werden

Auch hiergegen bestehen seitens des Rates keine Bedenken.

Anschließend stellt Frau Dürbaum-Betsch die Tagesordnung für den öffentlichen und nichtöffentlichen Teil fest.

Abschließend weist Frau Dürbaum-Betsch auf folgende als Tischvorlage verteilte Unterlagen hin:

- Auflistung der geänderten Beschlussempfehlungen
- Auflistung der Haushaltsanträge und Zuschussanträge

- Die in der letzten Woche versandte Vorlage 251 zur Behandlung unter TOP 13, Annahme von freiwilligen Zuwendungen

Beschlussdarstellung:

Ja-Stimmen: 31

Nein-Stimmen: 0

Stimmenthaltungen: 0

Beratungsergebnis: zugestimmt

Die vorstehende gegenüber der Einladung vom 08.01.2013 geänderte Tagesordnung wird genehmigt.

---

## **2. Einwohnerfragestunde**

Herr K.-D. Richter weist auf die geänderte Verkehrsführung im Bereich der Straße Tiefental hin. Hier sind die Abbiegemöglichkeiten aus und in verschiedene Richtungen eingeschränkt worden. Herr Richter möchte wissen, warum die Änderungen vorgenommen wurden und warum die Anwohner vorher nicht entsprechend informiert wurden. Weiter möchte er wissen, ob die Änderungen künftig auch die Straße Buchenweg betreffen werden. Er regt an, über die Berichterstattung in der Presse zu informieren.

Herr Lahmann teilt mit, dass die Änderungen aufgrund der geltenden Bestimmungen des Eisenbahnkreuzungsgesetzes vorgenommen wurden. Die weiteren Einzelheiten werden nach Rücksprache mit den Kollegen des Fachdienstes Tiefbau und Verkehr publiziert.

---

## **3. Aktuelle Stunde**

Es liegen keine Anträge vor.

---

## **4. Bericht über wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses und wichtige Angelegenheiten**

Herr Lahmann gibt folgenden Bericht:

Der Verwaltungsausschuss hat seit der letzten Ratssitzung am gestrigen Abend getagt. Neben der Vorbereitung der heutigen Beschlüsse wurden folgende wichtige Beschlüsse gefasst:

- Die Entscheidung zur Errichtung einer Oberschule an der Lisa-Tetzner-Schule hat der Verwaltungsausschuss vertagt. Die Beschlussfassung ist nunmehr für die Sitzung des Verwaltungsausschusses am 26.02.2013 vorgesehen.
- Der Verwaltungsausschuss hat entschieden, dass die Stadt in Beitragsverfahren nach dem NKAG auch künftig Eckgrundstücksvergünstigungen im Billigkeitswege gewährt.
- Für Elektroarbeiten an der Grundschule Groß Munzel wurde ein Auftrag i. H. v. rd. 140.000 EUR vergeben.

- Es wurde der Auftragsvergabe zur Erneuerung von Brandschutztüren im Schulzentrum Am Spalterhals zum Preis von rd. 415.000 EUR vom Verwaltungsausschuss zugestimmt.

---

## 5. Umbesetzungen in Ausschüssen des Rates und anderen Gremien

Es liegen keine Anträge vor.

---

## 6. Haushaltssicherungskonzept - Städtepartnerschaften (175 / 176) Vorlage: XVII/0202

Frau Gertich führt in die Angelegenheit ein.

Wortmeldungen liegen nicht vor.

Beschlussdarstellung:

Ja-Stimmen: 33                      Nein-Stimmen: 0                      Stimmenthaltungen: 0

Beratungsergebnis: zugestimmt

Der HSK Vorschlag 175 „Reduzierung der Kosten für Städtepartnerschaften“ wird wie in der Begründung zur Beschlussvorlage dargestellt umgesetzt.

Zur Erreichung der Konsolidierungssumme wird der Städtepartnerschaftstag in abgewandelter Form durchgeführt.

Dafür werden die Repräsentanten der Städtepartner im Rahmen des Stadtfestes bereits für Freitagvormittag zu einem Arbeitstreffen mit anschließendem „Arbeitsessen“ eingeladen. Dafür werden 1.500,- € in den Haushalt 2013 eingestellt.

---

## 7. HSK Vorschlag 39 (Kürzung personalbedingter Sachkosten Stadtmarketing) Vorlage: XVII/0205

Frau Gertich führt in die Angelegenheit ein.

Wortmeldungen liegen nicht vor.

Beschlussdarstellung:

Ja-Stimmen: 33                      Nein-Stimmen: 0                      Stimmenthaltungen: 0

Beratungsergebnis: zugestimmt mit geänderter Beschlussempfehlung

1. Der HSK-Vorschlag 38 (Kürzung Sachmittel Stadtmarketing) und 39 (Kürzung personalbedingte Sachkosten Stadtmarketing) wird angepasst.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, mit einem noch zu gründenden Stadtmarketingverein Verhandlungen aufzunehmen, unter welchen Bedingungen der Verein bzw. eine neue Institution bereit ist, alle Aufgaben in Bereich Stadtmarketing zu übernehmen.

3. Die Verwaltung wird beauftragt, die im Stellenplan ausgebrachte befristete Teilzeitstelle mit einem kw-Vermerk 31.12.2013 zu versehen.

**8. Büchereikonzept, hier: Organisatorische Ausrichtung und Einführung einer gemeinsamen Bibliothekssoftware**  
**Vorlage: XVII/0213**

Frau Gertich führt in die Inhalte der Beschlussvorlage ein.

Wortmeldungen liegen nicht vor.

Beschlussdarstellung:

**I. Die Verwaltung wird beauftragt:**

1. Ein Zweigstellensystem „Stadtbücherei und Schulbibliotheken Barsinghausen“ als Einrichtung und Produkt der Stadt Barsinghausen einzurichten. Teilnehmende Bibliotheken sind die Stadtbücherei Barsinghausen, die Schulbücherei der Goetheschule KGS sowie die Große Bibliothek und die Kleine Bücherei im Schulzentrum mit gemeinsamer Nutzungskarte und gemeinsamen Internet- und Arbeitskatalog.
2. Eine gemeinsame Bibliotheksverwaltungssoftware mit Hostingvertrag zu erwerben.
  - Voraussichtliche Erstinvestitionskosten: 19.250,00 € (sind im Finanzhaushaltsplan-Entwurf 2013 enthalten).
  - Laufende Folgekosten Hosting und Support: zwischen 5000,00 und 8000,00 €/Jahr (sind im Ergebnishaushaltsplan-Entwurf enthalten)
3. Die Bestandsumstellung und -einarbeitung mittels EDV durchzuführen. Die hierfür notwendigen einmaligen Personalkosten von bis zu 47.000,00 € sind im Ergebnishaushaltsplan-Entwurf 2013 enthalten
4. Die erforderliche Hardware und Basissoftware zur einheitlichen Ausstattung von acht Arbeitsplätzen sowie Netzwerkkomponenten und Material zur Umarbeitung zu erwerben. Die Kosten betragen 30.000 €. Hiervon können 17.500 € aus dem Haushalt 2012 finanziert werden. Im Haushaltsplanentwurf 2013 sind bereits weitere 10.800 € eingestellt. 1700 € müssen zusätzlich in der Finanzplanung für 2014 veranschlagt werden.

**II. Der Konsolidierungsbeschluss, 10.000 € Kosten im laufenden Betrieb einzusparen, wird wie folgt umgesetzt:**

- Schließung der Stadtbücherei in den Oster-, Herbst- und Weihnachtsferien zur Einsparung von Heizkosten- und Reinigungskosten: 2.840,00 €
- Wiederbesetzung der Stelle in der Stadtbücherei anstelle einer Bibliothekarin mit 22,3 Wochenstunden (Gehaltsklasse TVÖD E8) mit einer Fachangestellten für Medien und Informationsdienste mit 22,0 Wochenstunden (Gehaltsklasse TVÖD E5): 7.160,00 €

---

**9. Büchereikonzept**  
**hier: Optische und funktionale Maßnahmen in der Stadtbücherei**  
**Vorlage: XVII/0214**

Frau Gertich führt in die Angelegenheit ein.

Wortmeldungen liegen nicht vor.

Beschlussdarstellung:

Ja-Stimmen: 21            Nein-Stimmen: 11            Stimmenthaltungen: 0

Beratungsergebnis: zugestimmt mit geänderter Beschlussempfehlung

In der Stadtbücherei werden folgende funktionale und optische „Verbesserungsmaßnahmen“ durchgeführt:

- Erneuerung des Inventars: voraussichtlich 53.600 EUR  
hiervon sind 5.000 EUR bereits im HH-Planentwurf 2013 im Finanzhaushalt enthalten.  
48.600 EUR müssen zusätzlich eingestellt werden.
- Renovierungskosten im Gebäude: voraussichtlich 20.000 EUR  
Die Kosten sind zusätzlich in den Ergebnishaushalt der Gebäudewirtschaft einzustellen.
- Kosten für die Einlagerung von 11.000 Medien: ca. 5.000,00 EUR  
Die Kosten sind zusätzlich in den Ergebnishaushalt der Stadtbücherei einzustellen.

Die Mittel werden mit einem Sperrvermerk in den Haushalt eingestellt. Die Aufhebung der Sperrvermerke erfolgt durch den Verwaltungsausschuss.

---

**10. Freiflächengestaltung am Deisterplatz**  
**- Antrag der Fraktionen FDP und UWG vom 20.11.2012 -**  
**Vorlage: XVII/0246**

Frau Wölki führt in die Angelegenheit ein.

Herr Röver führt aus, dass der Weg, der an der Grundstücksgrenze des Kursana verläuft, sehr abschüssig ist. Er schlägt vor, zu überlegen, ob der Weg vom Kursana zum Bahnhof grds. über den Deisterplatz und den vorhandenen Fußgängerüberweg geht. Die Ecke Berliner Straße/Deisterplatz, an der auch die Autos vom Park and Ride-Parkplatz kommen, ist für Fußgänger sehr gefährlich. Herr Röver sagt, dass für den Weg vom Kursana über den Deisterplatz ggf. zur Sicherheit ein zusätzlicher Fußgängerüberweg geschaffen werden könnte. Dieses hält Herr Röver für zielführender.

Herr Klockow führt aus, dass der Antrag seiner Fraktion lediglich einen Planungsauftrag enthält. Die Gestaltung ist dabei noch völlig offen. Bei der Umsetzung des Vorschlages von Herrn Röver müsste allerdings die vorhandene Brunnenanlage umgestaltet werden. Herr Klockow sagt, dass der Heimbeirat und auch der –leiter mitgeteilt haben, dass die älteren Bewohnerinnen und Bewohner, die noch mobil sind, erhebliche Probleme haben, den Bahnhof oder der Kaufland-Markt zu erreichen. Die Einkaufsmöglichkeit ist jedoch sehr wichtig. Daher muss auch sichergestellt werden, dass der Aufzug am Bahnhof funktionsfähig ist.

Herr Klockow führt weiter aus, dass es wichtig ist, dass zwischen dem Kursana und der Gaststätte Popote zusätzliche Parkplätze am Kursana ausgewiesen werden, damit Kurzzeitbesucher und Hausärzte, die die Heimbewohnerinnen und -bewohner betreuen, genügend Parkmöglichkeiten haben. Die derzeit vorhandenen Parkplätze werden häufig von Nutzern der S-Bahn blockiert. Das Kursana hat angeboten, die Pflegemaßnahmen zu übernehmen, wenn die Brunnenanlage in ein Beet umgewandelt werden sollte.

Herr Klockow sagt weiter, dass bei einer Umgestaltung die größten Kosten durch die Installation einer neuen energiesparenden Beleuchtung entstehen werden. Diese ist aber erforderlich, um eine andere Ausleuchtung des Areals zu erhalten.

Herr Messing merkt an, dass es Sinn macht, die Angelegenheit nochmals im Ausschuss für Planung, Bauen und Umwelt zu beraten. Durch den Vorschlag von Herrn Röver liegen nunmehr mehrere mögliche Varianten vor, die diskutiert werden sollten. Er hält die von Herrn Röver vorgeschlagene Variante für plausibler, da dann der Weg nicht so steil und somit weniger gefährlich wäre.

Vor diesem Hintergrund stellt Herr Messing den Antrag, die Angelegenheit in den Ausschuss für Planung, Bauen und Umwelt zu verweisen.

Herr Lahmann merkt an, dass bei einer Verweisung in den Fachausschuss im Haushalt keine Mittel vorhanden sind. Er schlägt vor, einen Beschluss über die Mittelbereitstellung zu fassen und die Mittel mit einem Sperrvermerk zu versehen.

Herr Klockow weist nochmals darauf hin, dass der Antrag der FDP-Fraktion einen Planungsauftrag enthält. Die Mittelbereitstellung soll erst beschlossen werden, wenn die Planungen abgeschlossen wurden.

Herr Lux verweist auf den Haushaltsbegleit Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, in dem eine umfassendere Planung zur Erneuerung der Beleuchtung beantragt wird. Auch er ist der Auffassung, dass das Vorhaben in Ruhe beraten und daher in den Fachausschuss verwiesen werden sollte.

Herr Neugebauer merkt an, dass die Mittel bereitgestellt und mit einem Sperrvermerk versehen werden sollten.

Herr Schroth führt aus, dass sich die CDU-Fraktion dem Vorschlag von Herrn Lahmann anschließen würde, die Mittel bereit zu stellen und mit einem Sperrvermerk zu versehen. Anschließend sollte die Angelegenheit im Interesse der Heimbewohnerinnen und -bewohner im Fachausschuss ausführlich diskutiert werden.

Frau Wölki sagt, dass es eine gemeinsame Besichtigung mit dem Heimbeirat gegeben hat. Dieser hat darauf hingewiesen, dass es eine größere Schwierigkeit darstellt, die Hauptstraße zum Rathaus II zu überqueren. Es ist erforderlich, diese diagonal zu queren, da die auf beiden Seiten vorhandenen Fußwege versetzt zueinander liegen. Weiter ist die Kurve durch vom Busbahnhof kommende Busse schlecht einsehbar, so Frau Wölki.

Frau Dürbaum-Betsch merkt an, dass somit der Antrag auf Verweisung und der Antrag auf Bereitstellung der Mittel in Höhe von 60.000 Euro mit entsprechendem Sperrvermerk vorliegen. Da der Antrag auf Verweisung der weiter gehende Antrag ist, wird sie zunächst den Antrag auf Mittelbereitstellung zur Abstimmung stellen.

Herr Dr. Härdrich bittet, sich ernsthaft mit dem Antrag auf Verweisung auseinander zu setzen und diesem zuzustimmen. Er hält es zum jetzigen Zeitpunkt, unabhängig davon, welche



Meinung man zur derzeitigen Situation hat, nicht für sinnvoll, eine solche Maßnahme durchzuführen. Sollte es heute zur Abstimmung kommen, müsste er die Angelegenheit ablehnen. Herr Dr. Härdrich hält es ebenfalls für sinnvoll, nochmals im Fachausschuss zu beraten, um zu einer abschließenden Meinungsbildung zu kommen.

Herr Dr. Zieseniß merkt an, dass, gerade durch das Versehen der Mittel mit einem Sperrvermerk, die Möglichkeit besteht, weiter über die Angelegenheit zu beraten. Wenn keine Mittel zur Verfügung gestellt werden, kann die Maßnahme nicht umgesetzt werden.

Frau Klein spricht sich ebenfalls für eine Verweisung aus. Wenn die Bereitschaft besteht, nochmals zu beraten, können Mittel auch über einen Nachtragshaushalt zur Verfügung gestellt werden. Sie hält es für besser für die Heimbewohnerinnen und –bewohner, die Angelegenheit zu verweisen, als diese heute zu beschließen und ggf. abzulehnen.

Herr Dr. Zieseniß stellt für die CDU-Fraktion den Antrag, für die Umgestaltung der Freifläche am Deisterplatz 60.000 Euro im Haushalt bereit zu stellen und diese mit einem Sperrvermerk zu versehen sowie die Maßnahme zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Planung, Bauen und Umwelt zu verweisen. Der Sperrvermerk soll durch den Verwaltungsausschuss aufgehoben werden.

Frau Dürbaum-Betsch merkt an, dass der nunmehr gestellte Antrag der weitest gehende Antrag ist. Sie stellt diesen daher zur Abstimmung.

**Beratungsergebnis:** abgelehnt  
mit 15 Ja-Stimmen, 19 Nein-Stimmen und 0 Stimmenthaltungen

**Beschlussdarstellung:**

Für den Umbau der Freifläche am Deisterplatz werden Mittel in Höhe von 60.000 Euro mit Sperrvermerk in den Haushalt 2013 eingestellt. Der Sperrvermerk ist durch den Verwaltungsausschuss aufzuheben. Die Planung wird zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Planung, Bauen und Umwelt verwiesen.

Anschließend stellt Frau Dürbaum-Betsch den Antrag von Herrn Messing zur Abstimmung.

**Beratungsergebnis:** zugestimmt  
mit 19 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 15 Stimmenthaltungen

**Beschlussdarstellung:**

Die Maßnahme zur Freiflächengestaltung am Deisterplatz wird zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Planung, Bauen und Umwelt verwiesen.

Frau Westphal ist der Auffassung, dass der Antrag auf Verweisung von Herrn Messing durch die Abstimmung über den Antrag der CDU-Fraktion hinfällig ist, da bereits über die Sache abgestimmt wurde. Sie bittet um rechtliche Prüfung, ob es zulässig ist, eine Sache zu verweisen, wenn bereits eine Abstimmung zu dieser Sache erfolgt ist.

Beschlussdarstellung:

Ja-Stimmen: 34

Nein-Stimmen: 0

Stimmenthaltungen: 0

Beratungsergebnis: verwiesen

Die Verwaltung wird beauftragt, den barrierefreien Fußweg vom Bahnhof zur Siegfried-Lehmann-Straße (Straßenseite Kursana) neu herzustellen, die Brunnenanlage umzubauen sowie in diesem Zusammenhang diese Straßenseite mit neuen Leuchten auszustatten. Hierfür sind die entsprechenden Planungen mit Kostenabschätzungen umgehend vorzulegen.

---

## **11. Haushaltssatzung und Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2013** **Vorlage: XVII/0195**

Herr Messing hält für die SPD-Fraktion die diesem Protokoll als Anlage 1 beigefügte Haushaltsrede.

Anschließend hält Herr Dr. Zieseniß für die CDU-Fraktion die diesem Protokoll als Anlage 2 beigefügte Haushaltsrede.

Weiter hält Frau Westphal für die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN die diesem Protokoll als Anlage 3 beigefügte Haushaltsrede.

Herr Klockow sagt, dass er keine Haushaltsrede hält. Er bedankt sich im Namen der FDP-Fraktion bei der Verwaltung für die geleistete Arbeit. Sie hat durch Personalabbau in den letzten zwei, drei Jahren erhebliche Probleme gehabt, die Arbeiten erledigen zu können. Gerade die Arbeiten im Bereich Haushaltskonsolidierung haben manche Bereiche stark belastet. Die Umsetzung ist gut gelungen und es sind gute Ergebnisse für die Beratungen vorgelegt worden. Auch die Betreuung des Rates ist fantastisch gewesen.

Herr Klockow richtet die Bitte an die Fraktionen und insbesondere an die Fraktionsspitzen, möglichst das Gemeinsame hervorzuheben, an gemeinsamen Ideen zu arbeiten und das Beste für die Stadt herauszuholen sowie die Kommunikation offener zu betreiben. Herr Klockow bittet, im Interesse gemeinsam gute Ergebnisse zu produzieren, künftig fair miteinander umzugehen.

Herr Dr. Zieseniß sagt zu den Ausführungen von Frau Westphal, dass der Schuldenstand im Jahr 2005 bei 25 Mio. Euro und 2009 bei 17 Mio. lag. Die CDU-Fraktion hat daher ordentliche Finanzpolitik gemacht.

Herr Dr. Zieseniß merkt an, dass seine Fraktion den Haushalt nicht ablehnt, weil ihn Herr Lahmann eingebracht hat, sondern weil die Fraktionen SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN im Haushaltskonsolidierungskonzept die falschen Schwerpunkte gesetzt haben, die im Haushalt berücksichtigt sind.

Herr Neugebauer führt aus, dass auch er keine Haushaltsrede halten wird, da alles, was gesagt werden musste, bereits gesagt wurde. Er bedankt sich im Namen der UWG-Fraktion für die geleistete Arbeit der Verwaltung.

Herr Dr. Hädrich merkt an, dass man sich sicherlich über Inhalte streiten kann, aber den anderen Fraktionen Lügen vorzuwerfen, ist kein guter Stil. Er hat auch Verständnis dafür, dass man unterschiedliche Schwerpunkte im Haushaltskonsolidierungskonzept setzt und andere für falsch hält. Es wurde lange darum gerungen und alle Fraktionen mussten Zugeständnisse machen. Herr Dr. Hädrich führt aus, dass er hingegen dafür überhaupt kein Verständnis hat, dass ständig die gesetzten Schwerpunkte kritisiert werden, ohne aufzuzeigen, wo stattdessen die entsprechenden Kürzungen vorgenommen werden sollen. Es ist unredlich, immer wieder darauf hinzuweisen, wem man nicht wehtun will und dabei zu verschweigen, wem stattdessen wehgetan werden soll.

Frau Dürbaum-Betsch weist auf Anfrage von Herrn Steuernagel darauf hin, dass alle Einzelanträge zum Haushalt, die in der Sitzung des Verwaltungsausschusses abgelehnt wurden, nochmals zur Abstimmung gestellt werden. Sie weist weiter darauf hin, dass die Vorlage 195 mit Stand vom 08.01.2013, die mit der Ratseinladung versandt wurde, nunmehr die Beratungsgrundlage ist.

Frau Dürbaum-Betsch weist weiter darauf hin, dass die in der Sitzung des Verwaltungsausschusses positiv empfohlenen Haushaltsanträge durch die Veränderungsliste, die in der Sitzung des Rates am 13.12.2012 verteilt wurde, im Haushalt berücksichtigt sind. Sollten hier Änderungen gewünscht sein, ist dieses zu beantragen. Eine Auflistung der Haushalts- und Zuschussanträge liegt auf den Tischen.

Anschließend stellt Frau Dürbaum-Betsch die in der Sitzung des Verwaltungsausschusses abgelehnten Anträge sowie die Anträge der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN zur Abstimmung, da sie noch nicht vorberaten sind.

1. Antrag der CDU-Fraktion zum Bereich Feuerwehr Nr. II.2

**Beratungsergebnis:** zu II.2: abgelehnt  
mit 12 Ja-Stimmen, 22 Nein-Stimmen, 0 Stimmenthaltungen

**Beschlussdarstellung:**

Im Finanzhaushalt wird folgende Position eingestellt:  
Haushaltsmittel in Höhe von 25.000,00 Euro für die Einrichtung einer Trennwand für die ELO Barsinghausen

2. Antrag der CDU-Fraktion zur Sprachförderung in Barsinghäuser Kindertagesstätten

Herr Dr. Matthiesen führt in die Inhalte ein.

Herr Dr. Härdrich führt aus, dass man sich inhaltlich einig ist, Sprachförderung in Kindertagesstätten zu unterstützen. Er plädiert jedoch, für die Anlaufzeit zunächst die Mittel in Anspruch zu nehmen, die die Region Hannover zur Verfügung stellt. Dieses ist ein kleines Instrument der Region Hannover, um die regionsangehörigen Kommunen zu entlasten.

Herr Dr. Härdrich führt weiter aus, dass wenn festgestellt wird, dass diese Mittel für die Bedarfe in den Kindertagesstätten nicht ausreichen, immer noch die Möglichkeit besteht, Zuschüsse zu gewähren.

**Beratungsergebnis:** abgelehnt  
mit 12 Ja-Stimmen, 20 Nein-Stimmen, 2 Stimmenthaltungen

**Beschlussdarstellung:**

In den Ergebnishaushalt 2013 wird ein Betrag von 14.000,00 EUR zur Sprachförderung in Kindertagesstätten nach dem Modell Kita Egestorf II Wichtelhausen eingestellt.

3. Antrag der CDU-Fraktion zur Städtebauförderung

Herr Schroth führt in die Angelegenheit ein.

Herr Klockow sagt, dass sich der Rat lange mit der Sanierung der Marktstraße auseinandergesetzt und viele Diskussionen geführt hat. Der Zustand der Breite Straße ist bekannt. Die-

ser ist sehr schlecht, was insbesondere für Gehbehinderte und Rollstuhlfahrer zu Schwierigkeiten führt. Es ist absehbar, dass dort in den nächsten Jahren etwas getan werden muss.

Herr Klockow merkt an, dass es ein wirtschaftliches Gebot ist, die Sanierung der Breite Straße im Rahmen der Sanierung der Marktstraße und des Städtebauförderungsprogrammes zeitgleich durchzuführen.

**Beratungsergebnis:** **abgelehnt**  
mit 14 Ja-Stimmen, 18 Nein-Stimmen, 2 Stimmenthaltungen

**Beschlussdarstellung:**

Die Haushaltsmittel für 2013 und die Verpflichtungsermächtigung für 2014 für das Städtebauprogramm „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“ werden erhöht, so dass die Breite Straße innerhalb des Programms mit saniert werden kann.

4. Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN zur energieeffizienten Straßenbeleuchtung

Herr Lux führt in den Antrag ein. Er ergänzt, dass ein konkreter Betrag seitens seiner Fraktion nicht darstellbar ist. Er fragt, ob die Verwaltung ergänzende Angaben zu den Auswirkungen auf den Ergebnishaushalt machen kann.

Herr Lahmann führt aus, dass die Verwaltung die erforderlichen Angaben ermittelt hat. In den beiden Sanierungsgebieten müssten ca. 226 Leuchtköpfe und ca. 70 Masten erneuert werden. Die Kosten hierfür würden ca. 150.000,00 Euro betragen. Die Abschreibungsdauer beträgt 18 Jahre. Die Förderung liegt bei 2/3 der Summe. Dabei darf jedoch nicht die Energieeinsparung der Hintergrund sein. Herr Lahmann sagt, dass in der „Sanierung Innenstadt“ beispielweise der Hintergrund sein müsste, die Attraktivität zu steigern und in der „Sozialen Stadt“ der, dass sie Sicherheit gesteigert werden soll.

Herr Lux fragt, ob bekannt ist, wie schnell sich die Summe im Ergebnishaushalt amortisieren wird.

Herr Lahmann sagt, dass sich die Straßenbeleuchtung in drei bis fünf Jahren amortisiert. Dieser Zeitraum wird bei der normalen Förderung von 20% zu Grunde gelegt. Bei der 2/3-Förderung im Bereich der Förderungsprogramme amortisiert sich der Betrag entsprechend schneller.

Herr Schroth führt für seine Fraktion aus, dass dem Antrag zugestimmt wird, da er die Wirtschaftlichkeit fördert.

**Beratungsergebnis:** **zugestimmt mit geänderter Beschlussempfehlung**  
mit 34 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Stimmenthaltungen

**Beschlussdarstellung:**

Ergänzend zu den im Ergebnishaushalt unter Produkt P1.545002 (Straßenbeleuchtung) veranschlagten Haushaltsmitteln werden die notwendigen Mittel aus den Städtebauförderungsprogrammen „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren/Innenstadt“ und „Soziale Stadt“ zur Verfügung gestellt, um die Beleuchtung in den Sanierungsgebieten auf energieeffiziente LED-Lampen möglichst im Haushaltsjahr flächendeckend umzustellen. Hierzu sind 150.000,00 Euro in den Finanzhaushalt einzustellen.

5. Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN zu den Maßnahmen zur Verbesserung der Akustik im Stadtteilzentrum Goethestraße

Herr Lux führt in die Inhalte ein.

Frau Bischoff möchte wissen, wie hoch die erforderlichen Mittel sind.

Herr Lahmann sagt, dass die konkrete Summe noch ermittelt werden muss. Er schätzt, dass sich die Kosten auf ca. 5.000,00 bis 6000,00 Euro belaufen werden.

**Beratungsergebnis: zugestimmt**  
mit 24 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen, 0 Stimmenthaltungen

**Beschlussdarstellung:**

Im Ergebnishaushalt Produkt P1.111008 (Gebäudewirtschaft) werden aus dem für die Bauunterhaltung bereit stehenden Ansatz die erforderlichen Mittel für die Verbesserung der Akustik zur Verfügung gestellt.

6. Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN zur Bürgschaftsübernahme vom 02.07.2012

Herr Lux führt in den Antrag ein.

Herr Lahmann teilt mit, dass der Bürgermeister die Übernahme der Bürgschaft entschieden hat, da es als Geschäft der lfd. Verwaltung eingestuft wurde. Das Rechnungsprüfungsamt hat den Vorgang mitgezeichnet.

Herr Lahmann führt aus, dass er folgende Beschlussempfehlung für eine heutige Beschlussfassung formuliert hat: Der Rat genehmigt die am 02.07.2012 gegenüber der Stadtsparkasse Barsinghausen erklärte Übernahme einer Ausfallbürgschaft i. H. v. 32.500,00 Euro zur Sicherung eines dem 1. FC Germania Egestorf/Langreder e. V. für den Bau eines Kunstrasenspielfeldes gewährten Darlehens.

Herr Lux fragt, ob die Bürgschaftserteilung an Bedingungen geknüpft gewesen ist.

Herr Lahmann teilt mit, dass die Bürgschaft nicht an Bedingungen geknüpft gewesen ist.

Herr Klockow stellt den Antrag, über die von Herrn Lahmann formulierte Beschlussempfehlung zu beschließen.

Frau Dürbaum-Betsch merkt an, dass die Beschlussfassung nicht durch den Verwaltungsausschuss vorberaten wurde.

Nach kurzer Diskussion wird sich darauf geeinigt, die Beschlussfassung in der nächsten Sitzung des Verwaltungsausschusses vorzubereiten und in der nächsten Sitzung des Rates nachzuholen.

**Beratungsergebnis: vertagt**

**Beschlussdarstellung:**

Der Rat genehmigt die am 02.07.2012 gegenüber der Stadtsparkasse Barsinghausen erklärte Übernahme einer Ausfallbürgschaft i. H. v. 32.500,00 Euro zur Sicherung eines

dem 1. FC Germania Eggestorf/Langreder e. V. für den Bau eines Kunstrasenspielfeldes gewährten Darlehens.

#### 7. Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN zur Einführung eines Bürgerhaushalts ab 2014

Herr Lux führt in die Angelegenheit ein.

Herr Klockow führt aus, dass er grundsätzlich dankbar für die Thematisierung des Bürgerhaushalts ist. Es wurde sich bereits lange mit dieser Thematik beschäftigt. Dieses Instrument der Bürgerbeteiligung ist jedoch nicht ganz einfach. Vor dem Hintergrund des Haushaltskonsolidierungskonzeptes bestehen jedoch wenige Spielräume für eine Umsetzung.

Herr Klockow sagt, dass, wenn dieses Instrument jetzt sehr schnell eingeführt wird, die Gefahr besteht, dass es scheitert. Er bittet daher, dass das Thema zunächst intensiv beraten und durch entsprechende Fachleute begleitet werden sollte. Eine Einführung bereits im Jahr 2014 wird aus Sicht von Herrn Klockow nicht erfolgreich sein.

Herr Lahmann führt aus, dass er sich den Ausführungen von Herrn Klockow anschließen kann. Er sagt, dass er bereits für den Haushalt 2009, als er den ersten Haushalt zu verantworten hatte, die Idee hatte, einen Bürgerhaushalt einzuführen. Er hat dieses seinerzeit innerhalb der Verwaltung diskutiert und aus dem zuständigen Fachdienst kam der Hinweis, dass das erforderliche Personal dafür nicht vorhanden ist.

Herr Lahmann führt weiter aus, dass für einen sinnvollen Bürgerhaushalt zunächst die erforderlichen Personalressourcen ermittelt werden müssen. Ein Bürgerhaushalt macht nur bei einer ordentlichen Bürgerbeteiligung Sinn. Herr Lahmann sagt, dass die Verwaltung die erforderlichen Ressourcen ermitteln und ein Konzept vorstellen kann. Die Einführung bereits im Jahr 2014 hält er jedoch für zu früh.

Herr Lux kann die Argumentation durchaus nachvollziehen. Der Ansatz des Antrages geht dahin, geeignete Vorschläge seitens der Verwaltung zu erarbeiten. Diese müssen natürlich in den Fachausschüssen beraten werden. Es geht darum, die Beratungen zeitnah aufzunehmen. Im Hinblick auf die vorgebrachte Argumentation schlägt Herr Lux vor, den gestellten Antrag um das Wort „möglichst“ zu ergänzen.

Herr Dr. Zieseniß führt aus, dass sich seine Fraktion dem Antrag – insbesondere bei Ergänzung des Wortes „möglichst“ – grds. anschließen kann. Er möchte ihn jedoch dahingehend ergänzen, dass die Verwaltung gebeten wird, bei Erstellung einer entsprechenden Beschlussvorlage folgende Inhalte zu berücksichtigen

- Welche Kosten entstehen durch die erforderlichen Personalressourcen?
- Stellungnahmen bzw. Vergleiche von Ergebnissen anderer Verwaltungen, die den Bürgerhaushalt bereits eingeführt haben.
- Prüfung der Vereinbarkeit mit dem Haushaltskonsolidierungskonzept im Allgemeinen.

Herr Dr. Härdrich sagt, dass er sich dem anschließt, dass erst entschieden werden kann, wenn alle Vor- und Nachteile bekannt sind. Herr Dr. Härdrich merkt zu der von Herrn Lux aufgezeigten Zeitschiene an, dass es hilfreich und sinnvoll wäre, wenn durch die Beschlussfassung sichergestellt werden könnte, dass die Ergebnisse der Verwaltung spätestens im Sommer dieses Jahres vorliegen.

Herr Dr. Härdrich merkt an, dass ,unabhängig von dem Zeitpunkt, wann der Bürgerhaushalt eingeführt werden soll, festgeschrieben werden sollte, bis wann der Rat die Vorlage von Er-

gebnissen von der Verwaltung erwartet. Der Meinungsbildungsprozess wird in allen Fraktionen einen gewissen Zeitraum benötigen. Wenn damit erst im nächsten oder übernächsten Jahr begonnen werden kann, sollte man das Thema lassen, da es dann nicht realisiert werden kann, so Herr Dr. Härdrich.

Herr Dr. Härdrich schlägt vor diesem Hintergrund vor, den Antrag dahingehend zu ergänzen, dass bis Sommer 2013 geeignete Vorschläge vorgelegt werden sollen. Insbesondere müssen die Bedingungen aufgezeigt werden, welche Voraussetzungen in der Verwaltung vorliegen müssen, um ein solches Vorhaben erfolgreich umzusetzen.

Frau Westphal merkt an, dass genau dieses durch den Antrag sichergestellt werden soll. Es sollen Vorschläge zur Einführung eines Bürgerhaushalts ausgearbeitet werden. Über den Zeitpunkt der Einführung sowie deren Art und Weise muss dann in den Gremien diskutiert werden. Nichts anderes beinhaltet der Antrag. Frau Westphal merkt an, dass die Verwaltung durchaus in der Lage sein sollte, entsprechende Vorschläge zu unterbreiten.

Herr Klockow zeigt auf, dass die Zeitschiene das große Problem bei der Umsetzung ist. Er beantragt daher, den vorliegenden Antrag zur Beratung in den Fachausschuss zu verweisen.

Herr Dr. Härdrich hält es für unverzichtbar, dass der Rat als Gremium, welches über den Haushalt beschließt, bestimmt, wie er sich künftig einen Haushalt vorstellen könnte. Es sollte daher ein formaler Beschluss herbeigeführt werden, dass die Angelegenheit seitens der Verwaltung entsprechend geprüft und vorbereitet wird.

Frau Dürbaum-Betsch stellt den Antrag von Herrn Klockow zur Abstimmung.

**Beratungsergebnis: abgelehnt**  
mit 14 Ja-Stimmen, 20 Nein-Stimmen, 0 Stimmenthaltungen

**Beschlussdarstellung:**

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN zur Einführung eines Bürgerhaushalts wird zur weiteren Beratung in den Ausschuss für Verwaltungssteuerung, Gleichstellung und Rechnungsprüfung verwiesen.

Anschließend stellt Frau Dürbaum-Betsch den Ursprungsantrag unter Ergänzung des Wortes „möglichst“ zur Abstimmung.

**Beratungsergebnis: zugestimmt mit geänderter Beschlussempfehlung**  
mit 22 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen, 6 Stimmenthaltungen

**Beschlussdarstellung:**

Die Verwaltung wird gebeten, den Ratsgremien geeignete Vorschläge zur Einführung eines Bürgerhaushalts möglichst ab 2014 zu unterbreiten.

8. Antrag des 1. FC Germania Egestorf/Langreder e. V. zur Bezuschussung des Fangzaunbauvorhabens in Langreder gem. Sportförderrichtlinie i. H. v. 1.650,00 Euro

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

**Beratungsergebnis: abgelehnt**  
mit 12 Ja-Stimmen, 23 Nein-Stimmen, 0 Stimmenthaltungen

### **Beschlussdarstellung:**

Es wird ein Zuschuss i. H. v. 1.650,00 EUR an den 1. FC Germania Egestorf/Langreder e. V. für das Fangzaunbauvorhaben in Langreder gem. Sportförderrichtlinie gewährt.

9. Antrag des Sportvereins Wichtringhausen e. V. auf Übernahme der Reparaturkosten für die Erneuerung der Duschanlage im Sporthaus Wichtringhausen i. H. v. 530,00 Euro

Herr Messing führt aus, dass sich das Gebäude in städtischem Besitz befindet. Er hält den Antrag daher für entbehrlich, da sich dann die Gebäudewirtschaft um die Instandsetzung zu kümmern hat.

Herr Lahmann teilt mit, dass das Sportheim aufgrund eines Nutzungsvertrages im Besitz des Sportvereins ist. Eigentümer ist der Freiherr Langwerth von Simmern, da dieser Eigentümer des Grundstückes ist und das Sportheim wesentlicher Bestandteil des Grundstückes.

Herr Lux weist darauf hin, dass der Antrag nicht behandelt werden darf, da es sich dabei um einen vorzeitigen Maßnahmebeginn handelt. Zu Maßnahmen, die bereits begonnen oder umgesetzt wurden, dürfen nach den allgemeinen Förderrichtlinien keine Zuschüsse gewährt werden.

Herr Dr. Zieseniß fragt nach der Rechtsgrundlage hierfür.

Herr Schaper führt aus, dass die Landeshaushaltsordnung eine entsprechende Regelung enthält.

Herr Steuernagel führt aus, dass in den vergangenen Jahren durchaus Zuschüsse für bereits begonnene Maßnahmen erteilt wurden. Auch er bittet um Klärung, aufgrund welcher Vorschriften diese erfolgt sind.

### **Protokollnotiz:**

*Die Verwaltung handelt analog der außer Kraft gesetzten Sportförderrichtlinie. Diese beinhaltet unter Ziffer 3.2 folgende Regelung:*

*Finanzierungshilfen für bauliche Maßnahmen werden nur bewilligt, wenn das Vorhaben zum Zeitpunkt der Entscheidung noch nicht begonnen worden ist. Als Maßnahmebeginn gelten verbindliche Vertragsabschlüsse.*

*Einem vorzeitigen Maßnahmebeginn kann ohne Anerkennung eines Förderanspruchs zugestimmt werden.*

Herr Dr. Zieseniß merkt an, dass der Grund für einen vorzeitigen Maßnahmebeginn ein Gasaustritt aus der veralteten Therme war. Damit war Dringlichkeit geboten, um die akute Explosionsgefahr zu verhindern.

Herr Lux teilt mit, dass er seinen Einwand zurückzieht, da Herr Heyerhorst dem Sportverein Wichtringhausen mit Schreiben vom 05.07.2012 wegen der Eilbedürftigkeit einen vorzeitigen Maßnahmebeginn genehmigt hat.

Herr Messing wirft die Frage auf, ob nicht der Freiherr Langwerth von Simmern aufgrund des Eigentums in der Pflicht für die Instandsetzung ist.

Herr Lahmann führt aus, dass eine Verpflichtung nicht besteht. Ein Eigentümer kann sein Eigentum auch verfallen lassen, wenn er dieses möchte.



Herr Messing möchte wissen, wie der Sportverein Wichtringhausen darauf kommt, dass die Stadt Eigentümerin des Gebäudes ist.

Herr Lahmann teilt mit, dass es einen Vertrag gibt, wonach die Stadt das Grundstück nutzen kann. Zivilrechtlich ist es jedoch so, dass dieser Vertrag nicht dazu führt, dass die Stadt das Eigentum erwirbt. Es hätte vielmehr eine Regelung durch Erbbaurecht erfolgen müssen.

Herr Röver merkt an, dass dem Schreiben des Sportvereins vom 15.11.2012 zu entnehmen ist, dass es dem Verein nicht möglich ist, anderweitig Zuschüsse zu erhalten, da die Pacht- und Eigentumsverhältnisse ungeklärt sind. Herr Röver sagt, dass diese Verhältnisse schnellstmöglich aufgeklärt werden sollten.

Herr Lahmann führt aus, dass die Stadt dieses seit geraumer Zeit mehrfach versucht hat. Sie hätte das Grundstück gerne getauscht oder gekauft, um Klarheit zu schaffen, aber der Freiherr Langwerth von Simmern hat daran kein Interesse.

Herr Messing möchte wissen, ob der Eigentümer aufgrund des Gasaustritts nicht verpflichtet ist, die Verkehrssicherungspflicht herzustellen.

Herr Lahmann teilt mit, dass die Verkehrssicherheit bereits durch den Verein hergestellt wurde. Dieser müsste sich dann entsprechend an den Freiherrn Langwerth von Simmern wenden.

Herr Dr. Zieseniß merkt an, dass es nur um eine verhältnismäßig kleine Summe geht. Auch die Pacht für das Grundstück an den Freiherrn Langwerth von Simmern ist sehr gering. Daher wird dieser kaum Veranlassung haben, die Instandsetzungskosten zu übernehmen. Herr Dr. Zieseniß bittet, nunmehr zu einer Entscheidung zu kommen.

**Beratungsergebnis: abgelehnt**  
mit 10 Ja-Stimmen, 20 Nein-Stimmen, 5 Stimmenthaltungen

**Beschlussdarstellung:**

Es werden die Reparaturkosten i. H. v. 530,00 EUR für die Erneuerung der Duschanlage im Sporthaus Wichtringhausen übernommen.

10. Antrag des Deister Reit- und Fahrvereins St. Georg auf Gewährung eines Zuschusses zum Neubau eines Reitplatzes i. H. v. 8.500,00 Euro

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

**Beratungsergebnis: abgelehnt**  
mit 9 Ja-Stimmen, 25 Nein-Stimmen, 1 Stimmenthaltung

**Beschlussdarstellung:**

Es wird ein Zuschuss i.H.v. 8.500,00 EUR an den Deister Reit- und Fahrverein St. Georg zum Neubau eines Reitplatzes gewährt.

Herr Stefan Müller teilt mit, dass sich aus den zuvor gefassten Beschlüssen im Ergebnishaushalt ein Fehlbetrag i. H. v. 1.235.100 Euro ergibt.

Er teilt weiter mit, dass sich für die Finanzplanjahre sich folgende Summen ergeben:

- Jahr 2014: Überschuss i. H. v. 510.200 Euro
- Jahr 2015 Überschuss i. H. v. 985.800 Euro
- Jahr 2016 Überschuss i. H. v. 998.600 Euro

Herr Müller teilt darüber hinaus mit, dass somit nach bestehendem Haushaltsrecht schon der Haushalt 2013 ausgeglichen ist. Weiter teilt er mit, dass im Finanzhaushalt für Investitionen folgende Kreditaufnahmen benötigt werden:

- Jahr 2013: 6.469.000 Euro
- Jahr 2014: 3.446.700 Euro
- Jahr 2015: 2.235.900 Euro
- Jahr 2016: 1.537.200 Euro

Herr Müller führt aus, dass aufgrund der guten Finanzlage Mittel, die im Ergebnishaushalt stehen, zur Finanzierung von Investitionen verwendet werden können. Dieses bedeutet eine erhebliche Verbesserung der Finanzlage der Stadt Barsinghausen.

Anschließend stellt Frau Dürbaum-Betsch die Beschlussvorlage 195 zur Abstimmung.

Beschlussdarstellung:

Ja-Stimmen: 23                  Nein-Stimmen: 12                  Stimmenthaltungen: 0  
Beratungsergebnis: zugestimmt

Die Haushaltssatzung und der Haushaltsplan der Stadt Barsinghausen für das Haushaltsjahr 2013 werden beschlossen.

#### **11.1. Erste Änderung der Straßenreinigungsgebührensatzung Vorlage: XVII/0260**

Herr Lahmann führt in die Angelegenheit ein.

Wortmeldungen liegen nicht vor.

Beschlussdarstellung:

Ja-Stimmen: 24                  Nein-Stimmen: 0                  Stimmenthaltungen: 9  
Beratungsergebnis: zugestimmt

Die als Anlage zur Beschlussvorlage beigefügte 1. Änderungssatzung der Straßenreinigungsgebührensatzung wird beschlossen.

---

## 12. Annahme von freiwilligen Zuwendungen

Vorlage: XVII/0251

Wortmeldungen liegen nicht vor.

Beschlussdarstellung:

Ja-Stimmen: 34            Nein-Stimmen: 0            Stimmenthaltungen: 0  
Beratungsergebnis: zugestimmt

Folgende Geldspenden der Stadtparkasse Barsinghausen werden angenommen:

1. 4.750,00 Euro für die Stadtfeuerwehr (Musik- und Spielmannszüge)
2. 4.000,00 Euro für die Stadtfeuerwehr (Anschaffung eines Dusch- und Sanitärcontainers)

---

## 13. Mitteilungen der Verwaltung

Herr Lahmann teilt mit, dass der Entschuldungsvertrag der Stadt Barsinghausen mit dem Land Niedersachsen in der entsprechenden Kommission des Landes und der kommunalen Spitzenverbände am 08.02.2013 beraten wird. Er geht davon aus, dass die Kommission dem Vertrag zustimmen wird.

---

## 14. Anträge, Anfragen und Anregungen an die Verwaltung

Herr Klockow führt aus, dass er der heutigen Ausgabe der Calenberger Zeitung entnommen hat, dass Frau Westphal und ihre Fraktion der Auffassung sind, ein Vorschlagsrecht zur Besetzung der Stelle des Ersten Stadtrates zu haben. Er möchte wissen, wie sich das Vorschlagsrecht nach dem Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) verhält.

Herr Lahmann führt aus, dass der Bürgermeister nach dem NKomVG das Vorschlagsrecht hat und der Erste Stadtrat vom Rat zu wählen ist.

Herr Röver spricht den Artikel in der Calenberger Zeitung vom 24.12.2012 an, nach dem das Buswartehäuschen an der Gutsstraße in Großgoltern instandgesetzt werden soll. Es sollte hierzu ein Besichtigungstermin stattfinden.

Herr Röver möchte wissen, wann der Termin stattgefunden hat und welche Kosten für die Instandsetzung ermittelt wurden.

### **Protokollnotiz:**

*Aufgrund der Jahreszeit hat noch kein Besichtigungstermin stattgefunden. Dieser wird im Laufe des Frühjahrs terminiert.*

Herr Röver führt aus, dass seit einigen Jahren der Verkehrssicherungspflicht vor der Postfiliale in der Poststraße nicht nachgekommen wird. Inzwischen heben sich dort viele Platten und es ist weder geräumt noch gestreut. Herr Röver bittet, zu klären, wer dort für die Verkehrssicherungspflicht zuständig ist und ggf. haftbar gemacht werden kann.

Herr Röver führt weiter zum Thema Winterdienst aus, dass die Räumfahrzeuge teilweise mit einer Geschwindigkeit durch die Ortschaften fahren, die dafür sorgt, dass die Hälfte des Schnees auf den Gehwegen landet und dort wieder von vorn angefangen werden muss, Schnee zu schieben. Er bittet, die beauftragte Firma darauf hinzuweisen, langsamer zu fahren.

Herr Röver merkt an, dass nach seiner Meinung nach viel zu viel Salz auf die Straßen aufgebracht wird. Er bittet die Verwaltung darauf zu achten, dass sparsam mit den Ressourcen umgegangen wird.

Herr Lahmann führt aus, dass seitens der Verwaltung auf das Eintreten des Problems mit dem auf die Gehwege geschobenen Schnee bereits bei Einführung des flächendeckenden Winterdienstes hingewiesen wurde. Die Schneepflüge brauchen eine gewisse Geschwindigkeit, um die Beseitigung des Schnees zu bewältigen.

Herr Lahmann teilt mit, dass ihm auch seitens einiger Bürger mitgeteilt wurde, dass viel Salz gestreut wird. Es ist letztlich eine fachliche Einschätzung des Baubetriebshofes, welche Mengen Salz aufgebracht werden. Es muss unter Berücksichtigung der jeweiligen Wetterlage entschieden werden, ob eine Schneedecke festgefahren oder ob eine Fahrbahn auf Dauer komplett frei werden soll. Diese Einschätzung trifft der Baubetriebshof.

Auf Nachfrage von Herrn Lux teilt Herr Lahmann mit, dass beispielsweise bei Wetterlagen, die an sich kein Salz erforderlich machen, vorbeugend Salz aufgestreut wird, wenn die Wettervorhersage z. B. gefrierende Feuchtigkeit oder Eisregen prognostiziert.

Herr Gottschalk teilt mit, beobachtet zu haben, dass in Nebenstraßen nicht geschoben, sondern gleich Salz gestreut wurde. Auf Nachfrage wurde ihm mitgeteilt, dass Schieben aufwändiger ist, als zu Streuen. Aufgrund der bekannten Nebenwirkungen bei Salzverbrauch sollte dieser jedoch so gering wie möglich gehalten werden.

Herr Wittich teilt mit, dass am Wahlsonntag trotz trockener Straßen extrem viel Salz gestreut worden ist.

Frau Wölki sagt, dass sie von Nachbarn ebenfalls auf die Salzproblematik angesprochen worden ist. Sie möchte wissen, wer die Mengen festlegt. Weiter möchte sie wissen, ob es nicht eine Frage der Satzung ist, grundsätzlich festzulegen, dass Nebenstraßen nicht geräumt, sondern dass dort festgefahrte Schneedecken vorgesehen werden.

Herr Messing führt aus, dass Herr Lahmann bereits erläutert hat, dass die Festlegung der Salzmenge eine Entscheidung der Mitarbeiter des Baubetriebshofes ist. Man sollte sich an dieser Stelle auf die Fachleute verlassen.

Herr Lahmann führt aus, dass auch er der Auffassung ist, dass darüber die Fachleute entscheiden sollten. Er hält es nicht für sinnvoll, wenn der Rat dazu Vorgaben macht.

Herr Schroth bittet die Verwaltung, die zusätzlichen Kosten für die Beseitigung der Schäden, die die Schneeschilde auf den Straßen verursachen, zu ermitteln.

Herr Dr. Härdrich teilt mit, dass ihm ein Räumfahrzeug mit einer so hohen Geschwindigkeit entgegen gekommen ist, dass es beim Einbiegen in die Bergamtstraße ins Rutschen gekommen ist. Die Kollegen sollten darauf hingewiesen werden, dass sie so fahren, dass sie die erforderliche Fahrsicherheit einhalten können.

Herr Dr. Härdrich teilt weiter mit, dass er bereits in der vergangenen Woche eine Anfrage an die Verwaltung gestellt hat. Er hat gehört, dass es bei der Energieversorgung des Sportheims Kirchdorf offenbar so sein soll, dass es nicht eine Versorgung über den üblichen Versorgungsträger gibt, sondern über die Stadt. Dieses soll angeblich nicht abgerechnet worden sein. Er bittet um Klärung und möchte wissen, wann er mit der Beantwortung seiner Anfrage rechnen kann.

Herr Lahmann teilt mit, dass die Beantwortung bereits in Arbeit ist und in der kommenden Woche übersandt wird. Es gibt eine entsprechende Absprache mit dem TSV Kirchdorf, wonach dieser die entstehenden Kosten – auch für das Flutlicht – zu bezahlen hat. Es gibt entsprechende Zähler, die den Verbrauch erfassen, so dass dieser genau abgerechnet werden kann.

Frau Dr. Beckmann teilt mit, dass an sie mehrfach das Problem der Nienstedter Straße herangetragen wurde. Dort herrscht ein gewisses Defizit beim Winterdienst, dadurch dass dort erst verspätet geräumt wird. Sie hält es für erforderlich, dass diese Straße mit als eine der ersten Straßen geräumt wird und bittet, dieses entsprechend weiterzugeben.

Herr Messing merkt an, dass Herr Gottschalk die Verwaltung bereits hinsichtlich der Einreichung von Rechnungen durch den TSV Kirchdorf kontaktiert hat. Er möchte wissen, ob diese Rechnungen der Verwaltung inzwischen vorliegen.

Herr Lahmann teilt mit, dass entsprechende Unterlagen durch den TSV Kirchdorf eingereicht wurden. Der Verwendungsnachweis wird derzeit durch die Verwaltung geprüft. Dazu hat der Sachbearbeiter Frank Hoffmann auch mehrere Termine mit Herrn Fabisch. Nach Prüfung durch den Fachdienst sollen die Unterlagen dem Rechnungsprüfungsamt vorgelegt werden.

#### Nichtöffentliche Sitzung:

Frau Dürbaum-Betsch schließt die Sitzung um 20.23 Uhr.

Dürbaum-Betsch  
Ratsvorsitzende

Lahmann  
Bürgermeister

Filipiak  
Protokollführerin

## Anlage 1 – Rede Fraktionsvorsitzender Messing

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,  
sehr geehrte Ratskolleginnen und Ratskollegen,  
liebe Barsinghäuserinnen, liebe Barsinghäuser,

heute geht es um die Verabschiedung des Haushaltes der Stadt Barsinghausen für das Jahr 2013.

Der erste Haushalt unter dem Diktat der Haushaltskonsolidierung, soll heißen, das erste Mal haben die Bürgerinnen und Bürger, also wir alle, die Auswirkungen des Haushaltssicherungskonzeptes erlebt und erfahren.

Wir alle hier haben gewusst, einige vielleicht auch nur geahnt, was auf uns zukommt. Die Sanierung eines maroden Haushalts ist kein Werk bei dem man sich Belobigungen oder Anerkennung verdienen kann, auch das haben wir gewusst.

Aber meine Damen und Herren, wir hatten den Mut und wir haben ihn noch, diese schwere Aufgabe zu Ende zu bringen.

Es bedurfte eines großen Maßes an Standfestigkeit um den Verlockungen zu widerstehen das Fähnchen in den Wind zu hängen, das wäre der leichtere Weg gewesen. Die SPD Fraktion und auch ich sind der festen Überzeugung, dass es keinen Weg zurück und kein Abweichen von dem eingeschlagenen Kurs geben kann, geben darf.

Es geht um nichts weiter als diese Stadt auch in den kommenden Jahrzehnten lebensfähig und, wenn alles gut läuft, schuldenfrei zu halten.

Der Entschuldungsvertrag ist auf den Weg gebracht, übrigens gegen die Stimmen der CDU und der UWG.

Der Rot-Grünen Ratsmehrheit wird vorgehalten die falschen Akzente gesetzt zu haben. Kann im Einzelfall ja sein, aber wer benennt die Alternativen? Die CDU tut dies jedenfalls nicht.

Kleine Beispiele: Die Erhöhung der Gewerbesteuer wird kritisiert, die CDU hätte lieber die Grundsteuer drastischer erhöht. Gleichzeitig erzählt uns Herr Lahmann, dass die Erhöhung der Grundsteuer für einen Gewerbebetrieb in Barsinghausen zu einer Mehrbelastung von 30.000 € geführt hat. Fazit: geht also auch nicht.

Vielleicht mit der Krippe Göxe, ein echtes Schnäppchen. Was von Schnäppchen zu halten ist, lehrt uns das Feuerwehrhaus in Barsinghausen. Eine lobenswerte Einrichtung, nur leider mehr als dreimal so teuer wie veranschlagt.

Dank einiger positiver Entwicklungen im Bereich der Steuereinnahmen, Spreizung der Regionumlage und einer günstigen Zinsentwicklung sind wir vielleicht schon 2014 in der Lage einen ausgeglichenen Haushalt für unsere Stadt vorzulegen.

Das ist positiv und macht weiteren Mut für die Zukunft, aber es ist nur die halbe Wahrheit, denn Altschulden in Höhe von ca. 45 Millionen Euro belasten uns.

Diese Zahl alleine verpflichtet uns zum Handeln, denn es gilt für unsere Kinder und Kindes-  
kinder unsere Stadt lebens- und liebenswert zu erhalten.

Drastische Einschnitte waren und sind notwendig und wer glaubt den Haushalt durch die Einnahmen aus dem Tourismus und durch den Einsatz erneuerbarer Energien zu sanieren, der sollte lieber weiter Kinderbücher verfassen.

Und, weil wir gerade bei Geschichten sind, ob eine Maßnahme in den sogenannten „harten“ Maßnahmen des § 2 im Entschuldungsvertrag oder in den vermeintlich weichen Maßnahmen steht ist meiner festen Überzeugung nach völlig egal, gemacht werden muss ohnehin alles wenn das Ziel erreicht werden soll.

Das Spielchen mit diesen Unterscheidungen zwischen harten und weichen Maßnahmen führt lediglich zur Verunsicherung und zum Wecken falscher Hoffnungen in der Bevölkerung, wer das will soll es tun. Die SPD bleibt ehrlich und gerade.

Der weit überwiegende Teil der Ratsmitglieder hat meiner Überzeugung nach die unbedingte Notwendigkeit der Haushaltskonsolidierung erkannt. Die Wege und Zielsetzungen sind unterschiedlich, aber die Richtung ist die gleiche.

Natürlich ist es in der Opposition leichter Maximalforderungen zu stellen.

Der Presse habe ich einen Teil der CDU Forderungen entnommen:

- Weg mit dem Winterdienst – lass doch die alten Leute ihre Straße reinigen. Selbst wenn der Winterdienst jetzt teurer wird, darf sich jeder gerne erkundigen was eine Reinigung der Straße durch Fremdfirmen kostet.
- Neuester Vorschlag von Hr. Lahmann: Die Leute entscheiden selbst welche Straße geräumt wird und welche nicht. Aber was passiert bei einem Unentschieden? Oder wird bei denen geräumt die wollen und der Rest der Straße macht es selber.
- Populistischer Unsinn

Es bleibt dann auch noch die Frage warum die höheren Kosten für den Winterdienst erst, fünf Wochen vor der Wahl, bekannt werden. Entweder ist es Absicht, oder aber die Verwaltungsleitung hat geschlafen.

Kleine Randnotiz. Herr Neddermeyer und Herr Schroth vermuteten in diesem Gremium hier Kosten von 700.000 € bis zu einer Millionen die auf die Stadt zukommen. Heute wissen wir, es sind 78.000 €; ausgezeichnet angelegtes Geld.

- Lehrschwimmbecken muss erhalten werden.

Ein von der Verwaltung beauftragtes Gutachten besagt zwar, dass die Sanierung uns in wenigen Jahren 980.000 € kosten wird. Aber egal, Gutachten wird nur dann geglaubt wenn sie den eigenen Zielen dienen

- Schule Bantorf – wird von der CDU unterstützt, weil die Eltern sich an der Finanzierung beteiligen. Wie das gehen soll ? Keiner weiß es, Hauptsache die Fahne hängt im Wind.

Wir hatten und wir haben nur einen ganz geringen Spielraum in der Haushaltsgestaltung. Der Rest wird durch die Haushaltskonsolidierung vorgegeben.

Trotz allem müssen und werden wir investieren.

- Sanierungen in den Schulen (ca. 7 Mio Euro)
- Krippenausbau

- Siedlungsstraßen, wobei hier der Einzelfall genau betrachtet werden muss, und die Beteiligung der Anlieger auf den Prüfstand müssen
- Absauganlagen in den Feuerwehrhäusern, Feuerwehrhaus Eckerde usw. usw.

Die Stadtwerke sollen zukunftssicher aufgestellt und zu einem modernen Versorgungsunternehmen ausgebaut werden, auch hier ein weites Feld der Aktivitäten

Wie sie sehen, es gibt viel zu tun, und wir packen es an, alle die ihre Verantwortung für die Stadt, genau wie wir, wahrnehmen wollen sind aufgerufen sich mit einzubringen.

Gemeinsam können wir diese, unsere, ihre Stadt fit machen für die Zukunft.

Unsere Kinder werden es uns danken.  
Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.



## Anlage 2 – Rede Fraktionsvorsitzender Dr. Zieseniß

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,  
sehr geehrte Damen und Herren,

der Haushalt 2013 ruft bei uns als CDU-Fraktion gemischte Gefühle hervor. Zum einen möchte ich mich an dieser Stelle bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung für die ordentliche Abreit der letzten Zeit bedanken. Der Finanzbereich war in der letzten Zeit besonders gefordert. Erst die Umstellung des Haushaltes auf Doppik und dann das Haushaltskonsolidierungskonzept stellten die Mitarbeiter und die Verwaltungsleitung vor eine große Herausforderung, die aber mit Bravour gemeistert wurde. Herzlichen Dank hierfür. Es ist trotz der hohen Arbeitsbelastung und bei den vielen Vakanten Positionen, besonders im Leitungsbereich, auch gelungen den Haushalt 2013 rechtzeitig in die Gremien zu geben, so dass alle hätten ordnungsgemäß darüber beraten können.

Eine Vertagung des Haushaltes auf heute war nicht notwendig. Allein diese Sitzung kostet die Bürgerinnen und Bürger ca. 2000€. Dieses Geld wäre anders besser angelegt.

Weiterhin wird diese Verschiebung zu Verzögerungen in den verschiedenen Maßnahmen führen. Es wurde also wieder einmal für Chaos gesorgt, wie wir es in dieser Wahlperiode bereits mehrfach erlebt haben. Sie sind sich uneins innerhalb ihrer Koalition und wollen dies verschleiern. Erst keine Logistik, nun doch Logistik, Oberschule ja oder nein, Krippe wo und wo nicht. Sie treffen immer aussagen und revidieren sie dann, so wie es ihnen gefällt. Entscheidungen werden ständig verschoben, ohne dabei die Projekte im Blick zu haben. So macht man keine verlässliche Politik.

Inhaltlich stehen wir einigen Punkten dieses Haushaltes sehr skeptisch gegenüber, da der Haushalt auf dem Konsolidierungskonzept basiert, welches wir ablehnen mussten, da einfach die falschen Schwerpunkte gesetzt wurden.

Konsolidierung ja aber die folgenden Maßnahmen sind aus unserer Sicht zu hart ausgefallen:

- Erhöhung der Grundsteuer
- Übermäßige Erhöhung der Gewerbesteuer
- Erhöhung der Kindergartengebühren
- Erhöhung der Krippengebühr
- Reduzierung des Schulbudgets aller Schulen
- Übermäßige Kürzung des Sportbudgets
- Streichung der investiven Sportförderung
- Erhebliche Kürzungen im Bereich der Feuerwehr
- Reduzierung der Dorfentwicklung

Und diese Liste kann man beliebig ausweiten.

Diese Punkte finden sich in diesem Haushalt alle wieder und wir können inhaltlich diesen Punkten gar nicht oder dem Ausmaß nicht zustimmen.

Doch vor allem die Festschreibung bestimmter Maßnahmen muss an dieser Stelle nochmals kritisiert werden. Diese Festschreibungen werden sich negativ auf die Entwicklung von Barsinghausen auswirken und wären in diesem Umfang bzw. bei den Maßnahmen nicht notwendig gewesen. Eine Begründung warum nun gerade die Maßnahmen Steuererhöhungen und im Bereich Sport und Feuerwehr festgeschrieben hat, außer das haben wir halt so beschlossen, konnte man nicht hören.

Ich versichere Ihnen, dass man bereits in Kürze (also deutlich vor 2016) einen ausgeglichenen Haushalt haben wird und dann diese Festschreibung verfluchen wird.

Bei der Konsolidierung hat man immer gesagt, es müssten die Verfehlungen der letzten Jahre ausgeglichen werden. Dieses kann man so nicht stehen lassen. Die von der CDU/FDP Mehrheit zusammen mit Walter Zieseniß zu verantwortenden Haushalte lagen immer in der Planung und vor allem in der Realisierung unter dem von Bürgermeister Richter bzw. Grüne/SPD geplanten Defizit. In der Endabrechnung hatte man auch schon einen ausgeglichenen Haushalt erreicht, doch dann kam die Finanzkrise, welche uns doppelt getroffen hat. Die Einnahmen sind erheblich gesunken und gleichzeitig mussten wir Ausgaben im Rahmen des Konjunkturpaktes tätigen. Dieses hat natürlich die Haushalte belastet. Insgesamt war es durch die Möglichkeit erhebliche Fördermittel einzuwerben jedoch finanzpolitisch richtig. Trotzdem war es eine solide und vor allem Ausgewogene Finanzpolitik.

Sie allerdings sind hier meilenweit von entfernt. Sie belasten die Bürger erheblich über Steuern und Gebühren, reduzieren immer die Förderung ehrenamtlicher Institutionen und fördern gleichzeitig Projekte, um eine Handvoll Jugendliche zu bespaßen.

Dieses ist sehr unausgewogen und muss als Defizit dieses Haushaltes deutlich gemacht werden.

Freuen tun wir uns natürlich darüber, dass Sie einigen unserer Haushaltsanträge in gefolgt sind. Aus dem Bereich Feuerwehr haben wir jeweils 50.000€ in 2013 und in 2014 in die Haushalte einzustellen, um die Anlagen Absauganlagen jetzt in allen Gerätehäusern anschaffen zu können. Weithin wird das Budget einmalig um 14.800€ zur Unterhaltung der Atemschutzgeräte erhöht. Weithin wird die Maßnahme Pro Beruf durch unseren Antrag weitergehen. Für das Dorfgemeinschaftshaus Langreder sind auf unsere Initiative rund 80.000€ eingestellt worden. Andere Anträge wie die ELO-Wand für die Feuerwehr Barsinghausen, die Sprachförderung in Kindergärten oder jeder Antrag aus dem Bereich des Sports sind abgelehnt worden. Dieses muss man deutlich kritisieren.

Insgesamt kann man sagen, dass dieser Haushalt von der Ausrichtung durch Sie erhebliche Defizite aufweist. Er jedoch zum Teil durch unsere auch sehr wichtige Elemente enthält. Trotzdem können diese punktuellen Verbesserungen nicht über die großen Defizite hinweg täuschen, weshalb wir diesen Haushalt ablehnen werden.  
Vielen Dank für ihre Aufmerksamkeit

### Anlage 3 – Rede Fraktionsvorsitzende Wespahl

Meine Damen und Herren,

zu Beginn meiner kurzen Haushaltsrede möchte ich meinen ausdrücklichen Dank an alle Beschäftigten der Verwaltung richten.

Dank für den enormen Arbeitseinsatz und die hohe Qualität, die mit Vorlage dieses Haushalts - aber auch mit der Erarbeitung des HSK - im gesamten letzten Jahr einherging. Danke, dass Sie sich in all Ihren Tätigkeitsbereichen zum Wohle unserer Stadt einsetzen, für Ihre Bürgerfreundlichkeit und:

Danke auch nicht zuletzt für die freundliche und (meist) hilfreiche Unterstützung, die uns als Ratsmitglieder zu Teil wird.

Meine Damen und Herren,

aus dem von der Verwaltung vorgelegten Zahlenwerk wird sehr deutlich, dass die Haushaltskonsolidierung in diesem Umfang und zu diesem Zeitpunkt dringend erforderlich war. Ohne die Konsolidierung und ohne den Zukunftsvertrag mit dem Land hätte uns die Schuldenlast schon sehr schnell die Handlungsfähigkeit genommen.“

Gleichwohl verbleiben auch noch nach der Entschuldungshilfe durch das Land in Höhe von über 12 Mio. Euro noch etwa Kassenkredite von rund 6 Mio. Euro und langfristige Verbindlichkeiten von knapp 32 Mio. Euro am Ende dieses Haushaltsjahres 2013.

Die langfristige Verschuldung kann nach den Planungen der Verwaltung bis 2016 auf rund 28,5 Mio. Euro zurückgeführt werden.

Ohne Haushaltskonsolidierung dürften die langfristigen Schulden bis dahin schon auf über 40 Mio. Euro angewachsen sein.

Bemerkenswert ist auch, dass Barsinghausen mit einer Zinslastquote von rund 4 % weit über den meisten anderen Kommunen in der Region liegt.

Wer hier meint, man könne den Haushalt auch mit einem „sanften“ Sparprogramm sanieren, hat den Ernst der Situation immer noch nicht erkannt.

Mit der Haushaltskonsolidierung sind schmerzhaft Eingriffe, wie z.B. die Schließung der Grundschule Bantorf ab 2016, verbunden. Wir haben zusammen mit der SPD an dem Konzept festgehalten, die Einsparungen und Mehrbelastungen auf möglichst viele Schultern zu verteilen und dabei gleichzeitig auch auf soziale Belange Rücksicht zu nehmen.

Die Haushaltskonsolidierung versetzt die Stadt jetzt und auch zukünftig in die Lage, die dringend notwendigen Investitionen in Kinderkrippen und Schulen zu tätigen.

Es ist erfreulich, dass ein breiter grundsätzlicher Konsens im Rat über die Finanzierung derartiger Maßnahmen im Krippen-, Kita- und Schulbereich besteht.

Wir mahnen an dieser Stelle allerdings ausdrücklich an, dass die einzelnen Fachplanungen für die Entwicklung der Schullandschaft, der Kindertagesstätten, aber auch im Bereich der Straßensanierung deutlich stärker als bisher strategisch und konzeptionell angegangen werden müssen.

Im Rahmen solcher konzeptionellen Überlegungen muss die Politik frühzeitig eingebunden werden und auch die Kommunikation innerhalb der Verwaltung mit den zuständigen und fachlich i. d. R. fachlich versierten Fachdiensten und dem Verwaltungsvorstand ist ausdrücklich verbesserungsbedürftig. Solche Pannen wie beim der bisherigen Krippenplanung darf es in Zukunft nicht mehr geben.

Meine Damen und Herren,

die HH-Anträge meiner Fraktion sind als HH-Begleitanträge zu verstehen, die eine Akzentuierung bzw. Schwerpunktsetzung in einigen haushaltsrelevanten Bereichen zum Inhalt hat. Sie bedeuten keine Mehrbelastung des Haushaltes.

Konkret fordern wir, dass die Erneuerung der Straßenbeleuchtung auf LED-Lampen in den Sanierungsgebieten unter Einsatz der Städtebauförderungsmittel erheblich beschleunigt wird. Herr Lux hat bereits darauf hingewiesen, dass die Dinge nochmals im Ausschuss für Planung, Bauen und Umwelt beraten werden sollten. Dies würde dazu führen, dass die Kosten rund um das Kursana deutlich geringer würden. Diese Investitionen werden sich sehr kurzfristig rechnen und führen somit – zumindest langfristig – nicht zu einer Belastung, sondern zu einer Entlastung des Haushalts.

Daneben wollen wir den Vorschlag unserer Gleichstellungsbeauftragten Frau Brandts aufgreifen und aus dem bestehenden Ansatz für Bauunterhaltung die erforderlichen Mittel für die Verbesserung der Akustik in den Räumlichkeiten des Stadtteilzentrums Goethestraße zur Verfügung stellen.

Und schließlich setzen wir uns dafür ein, dass ab dem kommenden Jahr ein Bürgerhaushalt aufgestellt wird. Mehrere Parteien haben dies ja als Forderungen in ihren Wahlprogrammen für die Kommunalwahl 2011 angeführt. Ich denke, nach der guten Bürgerbeteiligung im Rahmen der Aufstellung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes muss nun auch die verstärkte Einbindung der Bürgerinnen und Bürger in die Haushaltsplanung zu einer Selbstverständlichkeit werden und wir entsprechende Verfahren vorschlagen.

Meine Damen und Herren,

ich hoffe, dass wir zukünftig – trotz aller vorhandenen politischen Meinungsverschiedenheiten - gemeinsam die große Linie des eingeleiteten Weges in Sachen Haushalt gehen können, nämlich:

einerseits den Weg der notwendigen und Gewinn bringenden Haushaltskonsolidierung und

andererseits auch den Weg der Investitionen:

- Investitionen sowohl in sog. harte Bereiche wie Straßenbau, Stadtentwicklung, Gebäudesanierung, Wirtschaftsförderung etc. als auch
- - Investitionen in die (aus meiner Sicht fast wichtigeren) sozialen Bereiche wie Kinder- Jugend- und Schulpolitik, Seniorenpolitik und Integration (um nur die Wesentlichsten zu nennen).

In diesem Sinne wird meine Fraktion heute dem vorgelegten Haushaltsentwurf zustimmen.

Die Ausführungen meines Vorredners veranlassen mich dann doch noch, drei andere Gedanken zu äußern.

Zunächst zum Thema Sport und Sportförderung: Ich denke schon es ist deutlich geworden und sämtliche Ratsmitglieder die Antwort der Verwaltung zu meiner Anfrage zur Sportförde-

rung bekommen haben, wissen es, dass wir eine Sportförderung in dieser Stadt betreiben, die aus meiner Sicht nach wie vor ihres gleichen sucht. Alleine die Tatsache, dass wir ca. 600.000 Euro jährlich für den Unterhalt und das Betreiben von Sportstätten ausgeben, denke ich ist schon eine Hausnummer. Wenn wir dann davon ausgehen, dass nur ein Drittel oder ein Viertel dieser Kosten von den Vereinen verursacht werden, sind wir schon bei einer Summe von 200.000 Euro.

Hinzukommt, dass wir 47.000 Euro direkte Sportförderung an die Vereine haben und 70.000 Euro indirekte Sportförderung. Weiter gibt es Einzelanträge und Einzelförderungen einzelner Sportvereine, die bei bis zu knapp 10.000 Euro im Jahr liegt. Nicht berechnet dabei sind die 440.000 Euro, die wir jährlich zum Erhalt des Hallenbades und zum Erhalt des Freibades ausgeben, wodurch auch etliches an Sport und Schulsport unterstützt wird. An der Stelle zu behaupten, die Sportförderung würde auf null gesetzt finde ich gelinde gesagt frech.

Die zweite Bemerkung richtet sich an die Frage, warum wir heute eine Haushaltssitzung machen. Einige von Ihnen sind noch nicht so lange im Rat, ich bin es seit 16 Jahren. Und wir haben bisher immer jedes Jahr eine Haushaltsratssitzung gehabt, die nicht mit zu vielen Themen aufgefrachtet worden ist. Herr Zieseniß, ich erinnere Sie daran, die letzte Ratssitzung dauerte von 18.00 Uhr bis ca. 23.30 Uhr und das ohne Haushaltsberatung. Insofern zu behaupten, wir produzieren eine Sondersitzung, obwohl die Gepflogenheit besteht, eine Haushaltsratssitzung abzuhalten, halte ich für Augenschwermerei und eine Unverschämtheit

Eine kurze Bemerkung dazu, in unserer Koalition würden manchmal verschiedene Auffassungen herrschen. Das ist richtig, das ist das gute Recht und es ist das gute Leben in einer Demokratie. Und auch in unserer Koalition nehmen wir uns das Recht. Eine kurze Bemerkung: wir haben wenigstens eine Koalition.

Als vorletztes: Der Schuldenstand im Jahre 2009, nachzulesen im Haushaltskonsolidierungskonzept und den Vorbemerkungen zum Haushalt, betrug 17,995 Mio. Euro, der Schuldenstand im Jahr 2012 beträgt 30,458 Mio. Euro. Das ist ein Verhältnis 17:30, da ist die Frage, wer das produziert hat.

Und als allerletztes noch einmal ein Hinweis. Ich habe schon mit Interesse zur wahrgenommen, dass die CDU-Fraktion diesem Haushalt nicht zustimmen will. Dem Haushalt, der von der Verwaltung aufgestellt und den ihr eigener zukünftiger Bürgermeister vorgelegt hat. Viel Spaß Herr Lahmann, es tut mir leid für Sie.

Meine Damen und Herren,

ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit